

# **REVOLUTION Konferenz - ein wichtiger Schritt für unsere Organisation!**

Die diesjährige REVOLUTION Konferenz fand vom 24.-26 Juni in Berlin statt. Die Konferenz, die unser höchstes Gremium ist und an der alle Mitglieder als Stimmberechtigte teilnehmen können, diskutierte, neben der politischen Lage in Deutschland und der Welt, verschiedene Resolutionen zu den Themen Frauenbefreiung, Betrieb&Gewerkschaftsarbeit, sowie Jugend- und Parteiaufbau. Zudem beschlossen wir ein Statut für unsere Sektion, dass unserer gestiegenen Größe und den zukünftigen Herausforderungen gewachsen ist und ein Aufgabenpapier für das kommende Jahr, das die praktischen Umsetzungen unserer politischen Diskussionen festhält.

Anwesend waren, neben den Mitgliedern unserer Sektion, auch Genoss\_innen aus Großbritannien und Österreich, die von den Kämpfen und Erfahrungen in ihren Ländern berichteten. Besonders erfrischend war es viele neue Gesichter zu sehen und neue junge Kommunist\_innen kennen zu lernen, ein Zeichen für das Wachstum und die Dynamik unserer Organisation.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Konferenz in diesem Jahr ein wichtiger Schritt war, um die Aufgaben für junge Revolutionär\_innen, in der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus, zu lösen. In Hinblick auf die internationale Delegiertenkonferenz von REVOLUTION, die diesen Sommer vor unserem internationalen Sommercamp stattfinden wird, sind wir gut auf die Diskussionen vorbereitet.

Vorwärts zu einer neuen Jugendinternationale – Vorwärts zum Aufbau einer neuen kommunistischen 5. Internationale!

One Solution - REVOLUTION!

---

# **Bundesweiter Bildungsstreik? Aufruf zur Gründung einer antikapitalistischen Plattform!**

*Es tut sich wieder was! Am 16/17.7. 2011 werden sich wieder Schüler aus dem ganzen Land treffen um über ihre Forderungen und Planungen für einen bundesweiten Bildungsstreik zu diskutieren. Da nach dieser Schüler\_innen-Konferenz auch eine bundesweite Bildungsstreikkonferenz kommen wird, dokumentieren wir hier den Aufruf zur Bildung einer antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreikbündnis.*

**Gegen die Entpolitisierung des Bildungsstreiks - unite the radical forces!**

**Aufruf zur Bildung einer Antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreik**



In den letzten Jahren gingen hunderttausende Schüler\_innen, Student\_innen und auch Auszubildende, Eltern und Arbeiter\_innen im Zusammenhang mit dem „Bundesweiten Bildungsstreik“ auf die Straßen. Der Grund für die Proteste war, dass es enorme Angriffe auf das Bildungssystem in den letzten Jahren gab. Es gab ein brennendes Bedürfnis von Tausenden sich gegen die Kürzungen, Schikanen und undemokratischen Verhältnissen im Bildungssystem zu wehren, zu organisieren und auf die Straßen zu gehen.

Die Proteste, wie der Bundesvorstand von „Die Linke.SDS“ selbst feststellte, konnten jedoch nur kosmetische „Verbesserungen“ herbeiführen. Außerdem gab es 2010 die eindeutige Entwicklung, dass die Proteste stagnierten. Statt 270.000 Demonstrant\_innen

am zentralen Demonstrationstag im Juni 2009 nahmen am 9.Juni 2010 nur noch rund 90.000 Demonstrant\_innen an den Aktionen teil. Das Ende der Geschichte war dann, dass man sich für 2011 gar nicht erst traf.

Wir sind der Meinung, dass ein wesentlicher Grund dafür im politischen Versagen der Bewegung liegt. Wir stellen uns klar gegen die Behauptungen von vielen libertären Netzwerken oder reformistischen Organisationen, die versuchen ihre eigenen Fehler zu vertuschen, indem sie das Schrumpfen der Bewegung auf eine „Gottgegebene Spontanität“ der einzelnen Teilnehmer\_innen zurückführen. Die Wahrheit ist nämlich eine andere! Seitdem eben solche Gruppen, „Netzwerke“ und Organisationen den Bildungsstreik politisch dominieren können wir die oben besagte Stagnation beobachten.

Sie weigern sich dem Bildungsstreik eine klare Perspektive zu geben. Sie waren es, die sich immer wieder dagegen stellten, offen zu sagen, wer die sozialen Angriffe gegen den Großteil der Bevölkerung führt: nämlich bürgerliche Politiker\_innen im Interesse des deutschen Kapitals und im Zusammenhang mit der europäischen Kürzungspolitik. Sie versprachen sogar, dass Druck ausreichen würde, um die bestehenden Verhältnisse zu verbessern.

Doch darüber hinaus waren sie nicht einmal dazu bereit, diesen Druck tatsächlich aufzubauen und zu verallgemeinern. Sie waren es, die davor zurückschreckten Strukturen an den Universitäten und Schulen aufzubauen, als es im Juni 2009 zu riesigen Protesten kam. Sie waren es, die sich weigerten Streikräfte an den Universitäten und Streikkomitees an den Schulen zu fordern und aufzubauen, die die Proteste hätten ausweiten können.

Gekoppelt war all dies mit undemokratischen und intransparenten Prozessen wie z.B. dem „Konsensprinzip“, sowie bundesweiten Konferenzen, die nicht dazu in der Lage waren breite Proteste zu organisieren, geschweige denn zu beschließen. Für neue Aktivist\_innen waren politische Strömungen kaum sichtbar und wurden von oben genannten Kräften

bewusst vertuscht, um eigene Fehler zu verbergen und eine offene Kritik zu verhindern. Doch zuletzt, um intransparent und undemokratisch die eigene politische Führung über die Bewegung zu behalten!

Nun, wo die Proteste wieder losgehen können, viele ehemalige Teilnehmer\_innen politisch verunsichert sind, werden sie es sein, die erneut versuchen werden sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und genau das zu versuchen, was sie die letzten Jahre getan haben.

Doch wir, Antikapitalist\_innen aus verschiedensten Gruppen, werden dies nicht nocheinmal mit ansehen. Wir wollen uns gemeinsam aufstellen und mit unserer Masse mehr erreichen. Wir wollen zusammen agieren, gemeinsam Zuschlagen, wenn es heißt, der Bewegung eine klassenkämpferische Perspektive zu geben.

**Wir rufen alle Genoss\_innen auf eine gemeinsame Antikapitalistische Plattform innerhalb des Bildungsstreiks zu gründen. Grundlage einer gemeinsamen Arbeit sollten im wesentlichen folgende Punkte sein:**

1. Für den Aufbau von aktionsorientierten (Basis-)Strukturen, um Proteste vorbereiten, tragen und ausweiten zu können. Mobilisierungen und Vorbereitungen von Protesten auf der Straße und in den Bildungseinrichtungen, die miteinander vernetzt sind! Lokal, Regional, Bundesweit, International.
2. Für eine bewusste, demokratische und transparente Bildungsstreikbewegung – für Mehrheitsentscheidungen und Delegiertensysteme, in denen alle politischen Organisationen, Netzwerke und Strukturen das Recht auf Repräsentanz haben. Grundlage dafür muss die Wähl-und Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Delegierten sein, jederzeit!
3. Für eine aktionsorientierten Bewegung, die Proteste organisiert und bestehende Abwehrkämpfe gegen Kürzungen, Unterdrückung und für Selbstbestimmung aktiv unterstützt. Wir brauchen den Anschluss an die Kämpfe der Anti-Krisen-Proteste und die Kämpfe der Lohnabhängigen. Seite an Seite gegen den Sozialabbau, nicht nur in Worten sondern Taten!
4. Für den politischen Kampf gegen Positionen, die die Illusion schüren, dass das Bildungssystem innerhalb des Kapitalismus wirklich im Interesse der Lernenden und Lehrenden gestaltet werden kann! Für eine klassenkämpferische Perspektive

der Bewegung!

5. Wir wollen unsere Bildung und ihren Ausverkauf nicht für die Kapitalist\_innen mitverwalten! Wir wollen selbst über sie bestimmen, im Interesse der Gesellschaft, gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung! Daher sehen wir entstehende Streikkomitees, Räte und Bündnisse nicht nur als Kampforgane von heute, sondern auch als Verwaltungsorgane von morgen!

**Erstunterstützer:** REVOLUTION, SDAJ Berlin, „Bildungsblockaden einreißen!“ - Berlin, KIDZ

---

# **Bundesweiter Bildungsstreik? Aufruf zur Gründung einer antikapitalistischen Plattform!**

*Es tut sich wieder was! Am 16/17.7. 2011 werden sich wieder Schüler aus dem ganzen Land treffen um über ihre Forderungen und Planungen für einen bundesweiten Bildungsstreik zu diskutieren. Da nach dieser Schüler\_innen-Konferenz auch eine bundesweite Bildungsstreikkonferenz kommen wird, dokumentieren wir hier den Aufruf zur Bildung einer antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreikbündnis.*

**Gegen die Entpolitisierung des Bildungsstreiks - unite the radical forces!**

**Aufruf zur Bildung einer Antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreik**



In den letzten Jahren gingen hunderttausende Schüler\_innen, Student\_innen und auch Auszubildende, Eltern und Arbeiter\_innen im Zusammenhang mit dem „Bundesweiten Bildungsstreik“ auf die Straßen. Der Grund für die Proteste war, dass es enorme Angriffe auf das Bildungssystem in den letzten Jahren gab. Es gab ein brennendes Bedürfnis von Tausenden sich gegen die Kürzungen, Schikanen und undemokratischen Verhältnissen im Bildungssystem zu wehren, zu organisieren und auf die Straßen zu gehen.

Die Proteste, wie der Bundesvorstand von „Die Linke.SDS“ selbst feststellte, konnten jedoch nur kosmetische „Verbesserungen“ herbeiführen. Außerdem gab es 2010 die eindeutige Entwicklung, dass die Proteste stagnierten. Statt 270.000 Demonstrant\_innen am zentralen Demonstrationstag im Juni 2009 nahmen am 9.Juni 2010 nur noch rund 90.000 Demonstrant\_innen an den Aktionen teil. Das Ende der Geschichte war dann, dass man sich für 2011 gar nicht erst traf.

Wir sind der Meinung, dass ein wesentlicher Grund dafür im politischen Versagen der Bewegung liegt. Wir stellen uns klar gegen die Behauptungen von vielen libertären Netzwerken oder reformistischen Organisationen, die versuchen ihre eigenen Fehler zu vertuschen, indem sie das Schrumpfen der Bewegung auf eine „Gottgegebene Spontanität“ der einzelnen Teilnehmer\_innen zurückführen. Die Wahrheit ist nämlich eine andere! Seitdem eben solche Gruppen, „Netzwerke“ und Organisationen den Bildungsstreik politisch dominieren können wir die oben besagte Stagnation beobachten.

Sie weigern sich dem Bildungsstreik eine klare Perspektive zu geben. Sie waren es, die sich immer wieder dagegen stellten, offen zu sagen, wer die sozialen Angriffe gegen den Großteil der Bevölkerung führt: nämlich bürgerliche Politiker\_innen im Interesse des deutschen Kapitals und im Zusammenhang mit der europäischen Kürzungspolitik. Sie versprachen sogar, dass Druck ausreichen würde, um die bestehenden Verhältnisse zu verbessern.

Doch darüber hinaus waren sie nicht einmal dazu bereit, diesen Druck tatsächlich aufzubauen und zu verallgemeinern. Sie waren es, die davor zurückschreckten Strukturen

an den Universitäten und Schulen aufzubauen, als es im Juni 2009 zu riesigen Protesten kam. Sie waren es, die sich weigerten Streikräfte an den Universitäten und Streikkomitees an den Schulen zu fordern und aufzubauen, die die Proteste hätten ausweiten können.

Gekoppelt war all dies mit undemokratischen und intransparenten Prozessen wie z.B. dem „Konsensprinzip“, sowie bundesweiten Konferenzen, die nicht dazu in der Lage waren breite Proteste zu organisieren, geschweige denn zu beschließen. Für neue Aktivist\_innen waren politische Strömungen kaum sichtbar und wurden von oben genannten Kräften bewusst vertuscht, um eigene Fehler zu verbergen und eine offene Kritik zu verhindern. Doch zuletzt, um intransparent und undemokratisch die eigene politische Führung über die Bewegung zu behalten!

Nun, wo die Proteste wieder losgehen können, viele ehemalige Teilnehmer\_innen politisch verunsichert sind, werden sie es sein, die erneut versuchen werden sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und genau das zu versuchen, was sie die letzten Jahre getan haben.

Doch wir, Antikapitalist\_innen aus verschiedensten Gruppen, werden dies nicht nocheinmal mit ansehen. Wir wollen uns gemeinsam aufstellen und mit unserer Masse mehr erreichen. Wir wollen zusammen agieren, gemeinsam Zuschlagen, wenn es heißt, der Bewegung eine klassenkämpferische Perspektive zu geben.

**Wir rufen alle Genoss\_innen auf eine gemeinsame Antikapitalistische Plattform innerhalb des Bildungsstreiks zu gründen. Grundlage einer gemeinsamen Arbeit sollten im wesentlichen folgende Punkte sein:**

1. Für den Aufbau von actionsorientierten (Basis-)Strukturen, um Proteste vorbereiten, tragen und ausweiten zu können. Mobilisierungen und Vorbereitungen von Protesten auf der Straße und in den Bildungseinrichtungen, die miteinander vernetzt sind! Lokal, Regional, Bundesweit, International.
2. Für eine bewusste, demokratische und transparente Bildungsstreikbewegung – für Mehrheitsentscheidungen und Delegiertensysteme, in denen alle politischen Organisationen, Netzwerke und Strukturen das Recht auf Repräsentanz haben.

Grundlage dafür muss die Wähl- und Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Delegierten sein, jederzeit!

3. Für eine aktionsorientierten Bewegung, die Proteste organisiert und bestehende Abwehrkämpfe gegen Kürzungen, Unterdrückung und für Selbstbestimmung aktiv unterstützt. Wir brauchen den Anschluss an die Kämpfe der Anti-Krisen-Proteste und die Kämpfe der Lohnabhängigen. Seite an Seite gegen den Sozialabbau, nicht nur in Worten sondern Taten!
4. Für den politischen Kampf gegen Positionen, die die Illusion schüren, dass das Bildungssystem innerhalb des Kapitalismus wirklich im Interesse der Lernenden und Lehrenden gestaltet werden kann! Für eine klassenkämpferische Perspektive der Bewegung!
5. Wir wollen unsere Bildung und ihren Ausverkauf nicht für die Kapitalist\_innen mitverwalten! Wir wollen selbst über sie bestimmen, im Interesse der Gesellschaft, gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung! Daher sehen wir entstehende Streikkomitees, Räte und Bündnisse nicht nur als Kampforgane von heute, sondern auch als Verwaltungsorgane von morgen!

**Erstunterstützer:** REVOLUTION, SDAJ Berlin, „Bildungsblockaden einreißen!“ - Berlin, KIDZ

---

## AUCH IN ZUKUNFT FÜR BESSERE BILDUNG...

*Am 09. Juni gingen in Berlin tausende Schüler\_innen, Eltern, Lehrer\_innen und Beschäftigte auf die Straße, um gemeinsam gegen Bildungsabbau und dem Motto getreu „Für eine bessere Schule in Berlin“ zu demonstrieren. Aufgerufen zu den Protesten hatten neben der Lehrer\_innengewerkschaft GEW, dem Landeselternausschuss (LEA) und der Landesschüler\_innenvertretung (LSA) auch das Bündnis „Bildungsblockaden einreißen!“, in dem REVOLUTION-Berlin, neben Gruppen, wie der SDAJ, der*

*ARAB oder der AIR, ein aktiver Bündnispartner ist. Am 10. September kurz vor der Abgeordnetenhauswahl rufen GEW, „Bildungsblockaden einreißen“, LSA und LEA zu einer weiteren Demonstration für bessere Bildung auf!*

## **Zusammen Kämpfen - Gemeinsam Streiken**



Der neunte Juni war ein besonderer Tag. Er war schon deshalb ein Erfolg, weil wir zu Hunderten erneut für ein besseres Bildungssystem und gegen die bestehenden Umstände auf die Straße gingen. Noch bedeutender war die Tatsache, dass diese Demonstration von Schüler\_innen, Lehrer\_innen und Eltern zusammen getragen wurde. Damit setzten wir gemeinsam ein Zeichen gegen die Spaltungsversuche, die es von Senat und Medien immer wieder gab.

Das ist sehr wichtig, denn die Solidarität ist einer der wichtigsten Garanten, um unsere Forderungen umzusetzen. Dieser Tag bewies es – Solidarisch mit anderen für die gleichen Ziele zu kämpfen, kann uns einen Schritt näher zum Erfolg bringen.

## **09. Juni, ein erster Schritt!**

Am 09. Juni fand nicht der erste Schulstreik in Berlin statt. Mittlerweile gab es etliche Schulstreiks, mit tausenden von Schüler\_innen. An der Politik des Rot/Roten Senats hat sich jedoch nichts geändert. Jetzt kündigen die PolitikerInnen in den Parlamenten bereits die nächsten Sparpakete an, um den Berliner Haushalt „zu konsolidieren“. Wir, sowie das Bildungs- und Sozialsystem, werden mit Sicherheit davon betroffen sein!

Doch sollte das ein Grund sein, unseren Protest aufzugeben? Sollten wir deshalb resignieren und den Protest auf der Straße aufgeben? Nein, auf keinen Fall! Entschlossener Widerstand ist der einzige Weg, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wenn ein Protesttag nicht erhört wird, bedeutet das nicht, dass wir in die falsche Richtung gehen. Es bedeutet, dass wir noch nicht weit genug gegangen sind!

Denn eines ist klar: Wir werden unsere Forderungen nicht einfach durch bessere Argumente, sondern durch erbitterten Widerstand gegen ihre Sparpakete, Kürzungsprogramme und neoliberalen Reformen durchsetzen. Eine einzelne Protestdemonstration kann das aber nicht erreichen. Dafür brauchen wir ganztägige, ja unbefristete Streiks und Schulbesetzungen durch Schüler\_innen, Lehrer\_innen und Eltern. Außerdem ist es wichtig die Proteste im Bildungsbereich mit anderen Auseinandersetzungen zu verbinden. Sei es im Gesundheitswesen, in der Privatindustrie oder im Sozialbereich. Wir sind alle von der Sparpolitik von Wirtschaft und Politik betroffen!

### **Es gibt genug Geld - das System verteilt es falsch!**

Auf unseren Protest reagieren die Politiker normalerweise mit der  immer wieder kehrenden Argumentation. „Wir sind ja auch für bessere Bildung, aber es ist halt nicht genug da...“ Schwachsinn! In den letzten Jahren wurden in Deutschland hunderte Milliarden an die Banken und Großkonzerne gegeben, um sie aus einer Krise zu retten, die sie selbst verursacht hatten. Weltweit waren es über 10'000'000'000'000 Dollar, die dem Kapital in die Taschen gesteckt wurden. Jetzt steht die nächste Wirtschaftskrise bevor und wir dürfen noch heute für die letzte Zahlen.

Was hat das mit der Bildung zu tun? Relativ viel! Bildung ist eine gesellschaftliche Angelegenheit. Wenn die Gesellschaft in der wir leben, der Kapitalismus, und die Herrschenden die Ressourcen so verteilen, dass sie möglichst viel profitieren, während wir dafür bezahlen müssen, hat das sogar sehr viel mit Bildung zu tun. Sicherlich betrifft es nicht nur die Bildung. Das zeigt aber letztlich nur, dass unser Protest nicht nur ein gesonderter Bildungsprotest ist, sondern ein sozialer Protest gegen die herrschenden Verhältnisse. Das Problem ist also nicht, dass es zu wenig Geld gäbe. Das Problem ist, dass der Kapitalismus ein System ist, dass Ausbeutung, Armut und Sparprogramme für die Mehrheit der Menschheit bedeutet. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Perspektive für die kommenden Proteste immer mit einer antikapitalistischen Perspektive verbunden werden muss.

### **Organisier dich - für bessere Bildung und ein anderes System!**

Es gibt also genug Gründe sich auch weiterhin für bessere Bildung zu engagieren. Doch ab und zu zu einem Schulstreik zu gehen, wird kaum reichen, um etwas zu ändern. Was wir brauchen sind dauerhafte Strukturen. Wir brauchen Streikkomitees an den Schulen, eine kämpferische Basis in der Lehrer\_innengewerkschaft GEW und engagierte Eltern an Schule und im Betrieb.

Diese Strukturen müssen wir miteinander vernetzen. Sie müssen jederzeit aktiv sein und neue Kräfte in den Protest ziehen. Im Herbst, wenn es neue Wahlen und kommende Sparangriffe gibt, müssen wir gut organisiert sein, um neue, diesmal unbefristete Streiks durchzuführen.

Doch Basisstrukturen allein sind nicht genug. Es bedarf einer Organisation, die eine politische antikapitalistische Perspektive bieten kann. Wir von REVOLUTION organisieren seit Beginn an die Bildungsproteste in Berlin. Wir haben Streikkomitees aufgebaut und gemeinsam mit Schüler\_innen Demonstrationen vorbereitet. Komm zu uns und lass uns auch den kommenden Widerstand gemeinsam vorbereiten!

## **WIR FORDERN:**

- Kostenlose Bildung und schulische Freizeitangebote für alle! Mehr Geld für Bildung, Kultur und Soziales!
- Maximale Klassengröße von 20 Schüler\_innen, Sanierung und Neuausstattung der Schulen und die Neueinstellung von 5'000 neuen Lehrer\_innen in Berlin!
- Mindestlohn von 12 Euro/Netto für alle Beschäftigten im Bildungsbereich und die Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!
- Bundeswehr und Unternehmen raus aus den Schulen! Die Bildungsinhalte und die Einrichtungen sollen durch Schüler\_innen, Lehrer\_innen, Eltern und die Arbeiterbewegung kontrolliert werden, nicht durch Bürokraten und bildungsferne Institute!
- Aufbau von Streikkomitees an allen Schulen, Aufbau von Solidaritätskomitees und die sofortige Vorbereitung von einem unbefristeten Schulstreik gegen das kommende Sparpaket und die

Bildungspolitik des Senats im Herbst!

## **Rede auf dem BE!-Lauti von REVOLUTION am 09. Juni**

Es ist wieder einmal der 09. Juni, es findet wieder einmal ein Bildungsstreik statt. Es ist nicht der erste, aber es wird auch nicht der letzte sein! Wir sind heute nicht hier auf der Straße um der Tradition Willen, sondern weil wir mehr als je zu vor die Nase voll haben! Wir haben sie voll von einem Bildungssystem, in dem man für jeden Scheiß bezahlen muss, wir haben sie voll von Lehrern, die weder Kraft noch Motivation haben, uns Schüler vernünftig zu unterrichten und vor allem haben wir sie voll von Perspektivlosigkeit und Unterdrückung!

Aber heute kämpfen wir zum ersten Mal nicht mehr alleine: Wie stehen hier Seite an Seite mit unseren Lehrern, mit Auszubildenden und all jenen Beschäftigten, die genau wie wir keinen Bock mehr darauf haben, widerstandslos die Kürzungen und Pseudo-Reformen des sogenannten „Rot-Roten-Senats“ hinzunehmen.

Solidarität ist eine Waffe, und diese Waffe nutzen wir hier und heute, um unsere Forderungen durchzusetzen. Keine Repression und kein leeres Versprechen wird uns davon abhalten, so lange auf die Straße zu gehen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

- Wir fordern kostenlose Bildung für alle und die Entlastung der Lehrkräfte durch mehr Personal und bessere Bezahlung!
  - Wir fordern selbstverwaltete Freiräume an Schulen und Unis für Schüler und Studenten!
  - Wir fordern demokratische Mitbestimmung der Schüler zur Umsetzung ihrer Interessen!
  - Wir fordern eine Reduzierung der Klassen auf maximal 20 Schüler, sowie ein Streikrecht für Schüler, Azubis, Studenten und Lehrer!
- ☒ Es gibt genug Lehrer, es gibt genug Arbeiter, die die maroden Schulen erneuern können und ja, es gibt auch genug Geld um das alles zu finanzieren! Aber dieses Geld werden nicht wir durch Studiengebühren bezahlen, sondern dieses Geld werden die Banken und die Großkonzerne

blechen müssen, und zwar in den Milliardenhöhen, in denen sie es durch Lohnkürzungen und Ausbeutung zusammengerafft haben!

Wir dürfen uns keine Illusionen machen, ein einzelner Bildungsstreik kann dies nicht erreichen. Aber er wird der Anfang sein. Der Anfang von tagelangen, unbefristeten Streiks der Schüler und Lehrer, verbunden mit anderen Streiks bis hin zu einem Generalstreik. Es kommt auf die Einigkeit und die Entschlossenheit aller an, die von den Herrschenden unterdrückt werden!

Zusammen kämpfen - gemeinsam streiken, diese Parole und dieser Protest sind der einzige Weg, unsere Forderungen durchzusetzen. Diesem System muss ein für alle mal kräftig in den Arsch getreten werden und deshalb gibt es nur eine Lösung:

## **ONE SOLUTION - REVOLUTION!**

---

# **Dem System den Stecker ziehen!**



### **Zehntausende für sofortigen Atomausstieg**

Am Samstag den 28. Mai 2011 gingen in 21 Städten Deutschlands über 160'000 Demonstrant\_innen auf die Straße, um gegen Atomkraft und die Energiepolitik von Schwarz-Gelb zu protestieren. Die Demonstrationen fanden nicht zufällig gegen Ende Mai statt. Nachdem die Bundesregierung im März unter dem Druck der Ereignisse in Fukushima und den Massenprotesten in Deutschland sich für das Atommoratorium entschied, ist nun, nachdem die „Ethikkommission“ ihren Bericht vorgelegt hat, die Entscheidung über die künftige Atom-und Energiepolitik gefasst worden.

## **Kein Vertrauen in Schwarz-Gelb...**

Bereits im März war vielen klar, dass das Atommoratorium nur eine politische Finte von CDU/CSU und der FDP war, um nicht all zu sehr bei den Landtagswahlen abgestraft zu werden. Darüber hinaus jedoch sollte der Widerstand gegen die Regierungspolitik auf der Straße geschwächt werden. Das Atommoratorium, unter dem die sieben ältesten Kernkraftwerke im März abgeschaltet wurden und ein weiteres in Krümmel, das bereits seit 2009 vom Netz ist, wird nun weiterhin bestehen bleiben. Die Atomkraftwerke sollen angeblich bis spätestens 2022 abgeschaltet werden. Was letztlich nur die Rückkehr zu dem faulen Atomkompromiss ist, den Rot/ Grün 2003 mit den Energiekonzernen aushandelten. Doch warum darf sich die Antiatombewegung damit nicht zufrieden geben?

Die Ethikkommission, die von Angela Merkel eingesetzt wurde und sich aus Vertreter\_innen aus „Wirtschaft, Wissenschaft und Kirche“ zusammensetzt, schlug nun einen Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb der nächsten zehn Jahre vor. Genauer gesagt wird dies wohl einen Ausstieg bis 2022 bedeuten. Unabhängigen Experten zufolge wäre jedoch bereits bis 2015 ein vollständiger Ausstieg möglich. Ein „vollständiger Ausstieg“ ist deshalb so wichtig, weil innerhalb der schwarz-gelben Koalition vor allem die FDP in Erwägung zieht, die Laufzeiten von älteren Kraftwerken einfach auf neuere zu übertragen. Diesem Vorschlag nach würde das letzte AKW eben nicht 2022 vom Netz gehen.

Auch die Alternative, die Schwarz-Gelb zum Atomstrom anbietet, ist reiner Hohn. Sie schlägt vor, bis 2022 rund 35% des deutschen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken. Die momentane Energieerzeugung durch Atomkraft beträgt in etwa 22%, die von regenerativen Energien rund 17%. Wer nachrechnet erkennt recht schnell, dass dieses Angebot auch den Ausbau von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, einschließt. Auch zeichnet sich schon jetzt im Zuge der Novelle des Erneuerbare-Ernergien-Gesetzes (EEG) ab, dass bevorzugt erneuerbare Energien gefördert werden sollen, die für die großen kapitalistischen Energiekonzerne von Interesse sind. So sollen beispielsweise Offshore-Windparks, welche aufgrund ihrer enormen Investitionskosten nur für das

Großkapital infrage kommen, stärker gefördert werden als Windkraftanlagen an Land. Nebenbei würde dies auch zu einer weiteren Verschiebung der ohnehin problematischen Erzeugungsüberkapazitäten nach Norddeutschland führen und den Ausbau der Windenergie im energiehungrigen industriellen Süden weiter blockieren. Die geplante weitere Reduzierung der Förderung von Solarenergie schlägt in die selbe Kerbe, da damit ebenfalls der Weg für eine Zentralisierung der Energieerzeugung unter Kontrolle der Energiekonzerne geebnet wird. Mittelfristig wird den jetzigen Atomkonzernen also eine rentable Alternative zu ihren Gelddruckmaschinen Atommeiler geschaffen.

Die jetzige Energiewende ist also zweierlei. Erstens ist sie immer noch ein eindeutiges Milliardengeschenk an die Betreiber von Atomkraftwerken, die schon viel zu lange eine lebensbedrohliche und ersetzbare Technologie verwenden. Zweitens ist es ein doppeltes Milliardengeschenk an genau die gleichen Energiekonzerne, die anstatt erneuerbare Energien zu erforschen und auszubauen, mit alten Technologien und Energiegewinnungsmethoden, wie Kohle- oder Gasverbrennung noch mehr Geld abschöpfen wollen.

Wer für den Atomausstieg bezahlen soll, ist für die Regierenden und das Kapital keine Frage. Eindeutig gaben alle zu verstehen, dass die Energiewende sich auf die Strompreise auswirken werde. Bereits jetzt machen indirekte Steuern 40% der Strompreise aus, die die Lohnabhängigen und die breite Bevölkerung bezahlen müssen.

Was Schwarz-Gelb jetzt also als Läuterung in Fragen Energiepolitik verkaufen will, ist nicht mehr als ein Kompromiss mit E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW, die ihre Profite ab 2022 nicht in der Atomkraft, sondern in fossilen Brennstoffen und erneuerbaren Energien finden sollen. Doch selbst das ist, wie wir nach den Laufzeitverlängerungen 2003 und 2010 gesehen haben, keineswegs klar.

## **Energiepolitik und Klassenkampf?**

Das gegen die Lobbypolitik von FDP und CSU/CDU gekämpft werden muss ist eigentlich allen klar. Auch die meisten Teilnehmer\_innen der

Demonstrationen wissen in wessen Sinne die Regierungskoalition Politik macht. Es sind die Energieriesen E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW, für die dort die Atomkraft gerettet werden soll. Oder besser gesagt, es geht um die fetten Profite, die sich ein nicht unbedeutender Teil des deutschen Kapitals dadurch erhofft. Diese scheinbare Binsenweisheit versuchen viele Führer\_innen der Bewegung jedoch zu verschleiern. Natürlich können auch sie schwer leugnen, dass es den Betreibern darum geht, sich die Gewinne zu sichern. Die eigentliche Frage, vor der die bürgerlich reformistischen Führungen Angst haben, ist, mit welchem Klassencharakter die Proteste gegen die Energiepolitik geführt werden.

Momentan wird der Protest von der Führung auf die bloße Frage der Atomkraft reduziert. In einigen Fällen diskutieren insbesondere die Grünen natürlich auch, dass man diese durch erneuerbare Energien ersetzen solle. Was aber überhaupt keine Rolle spielt, ist wer die „Energiewende“ bezahlen soll. Geschweige denn, wer in Zukunft entscheiden soll, was für Strom, durch wen, wo produziert wird. Nicht darüber zu sprechen heißt, die Energiegewinnung in den Händen derer zu lassen, die sie momentan kontrollieren: die Kapitalist\_innen!

Es ist nicht erstaunlich, dass die Reformist\_innen aus SPD und LINKE, sowie bürgerliche Parteien, wie die Grünen, kein Interesse daran haben diese Fragen aufzuwerfen. Bestürzend ist, dass es so wenige der „radikalen Linken“ gibt, die der Meinung sind, dass man diese Frage gezielt und offen in die ökologische Bewegung tragen muss. Die Frage der Energiegewinnung ist eine der zentralen Fragen der industriellen kapitalistischen Produktionsweise und damit auch eine entscheidende Frage für den Klassenkampf.

Zudem gibt es momentan eine Massenbewegung auf den Straßen Deutschlands, die das Thema der Energieversorgung anspricht. Das sie dabei bürgerliche Illusionen in sich trägt und eine bürgerliche Führung hat, sollte aber Linke und Kommunist\_innen nicht davon abhalten, in diese Bewegung zu intervenieren. Immerhin ermöglicht erst die Teilhabe an der Bewegung eine Kritik gegenüber reformistischen und bürgerlichen Positionen. Was wir wollen ist nicht die Grünen, SPD oder die LINKE zu decken. Wir wollen ihnen das Zepter aus der Hand nehmen! Dafür ist es aber unerlässlich, der Basis

dieser Parteien die Unfähigkeit und den Unwillen ihrer eigenen politischen Führung zu zeigen, die Bewegung tatsächlich zum Sieg zu führen.

## **Weiter kämpfen, aber für was?**

Wir denken, dass die grundlegende Intention der Bewegung, nämlich gegen die Atomkraft zu protestieren, richtig ist. Die Atomkraft ist eine gefährliche Technologie, die historisch ausgedient hat. Das ist auch der Grund, warum wir uns an dieser Bewegung beteiligen.

Wir glauben aber auch, dass die reine Ablehnung der Atomkraft nicht genug ist. Eine Alternative ist nötig, und diese besteht im Ausbau der erneuerbaren Energien und ihrer Erforschung. Die Problematik der Energieversorgung im Allgemeinen darf aber nicht losgelöst vom Kapitalismus betrachtet werden. Die bürgerliche Gesellschaft ist offensichtlich nicht dazu in der Lage, die erforderliche „Energiewende“ zu bewerkstelligen. Dort wo sie es versucht, leiden die Lohnabhängigen und Milliarden von Menschen. Wir erinnern uns an die Folgen, die die Herstellung und Förderung von sog. Biosprit in Bezug auf Lebensmittelpreise und Umweltzerstörung hatte und hat, oder an die Unfähigkeit der Industrienationen, den Klimawandel aufzuhalten.

Besonders in der Energieerzeugung stellt sich ganz akut die Frage, wer letztlich entscheidet, wie und auf wessen Kosten sie stattfinden soll. Sollen es die Kapitalist\_innen sein, die auf Kosten der Arbeiterklasse und der Menschheit Energie erzeugen, oder soll es die Arbeiterklasse sein? Unserer Meinung nach kann die Antwort nur die Enteignung der großen Energiekonzerne und die Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle sein!

Unsere Antwort auf die kapitalistische Energiegewinnung ist keine individualisierte Energiegewinnung, wie es viele „ökologische Linke“ vorschlagen. In einer globalen Welt, die durch eine moderne Industrie gekennzeichnet ist, brauchen wir eine gesellschaftliche Organisationsform, die durch Räte und zentrale Strukturen gekennzeichnet ist. Das gilt nicht nur in der Energiegewinnung. Das bedeutet jedoch letztlich, dass die Frage der zukünftigen Energiegewinnung enger mit der sozialistischen Revolution verbunden ist, als dies viele „radikale Linke“ glauben mögen. Es ist daher für

uns nicht nur von großer Wichtigkeit innerhalb der Antiatombewegung für eine proletarische revolutionäre Perspektive zu kämpfen, sondern auch innerhalb der Arbeiter-und Jugendbewegung selbst, speziell unter ihren bewusstesten Schichten.

Eine sichere und saubere Energiegewinnung kann der Kapitalismus nie gewährleisten. Er zerstört willentlich die Natur und verunreinigt die knappen Ressourcen unserer Erde, um seine eigenen Profite zu sichern. Der Kampf gegen den Kapitalismus wird heutzutage immer mehr zu einer Überlebensfrage der Zivilisation, so wie wir sie kennen. Dabei sollten wir uns jedoch nicht in katastrophistischer Angstmache verfangen. Diese spielt nur den Kapitalist\_innen in die Hände und desorganisiert den Widerstand. Eine andere Welt ist möglich und sie wird durch die organisierte, revolutionäre Arbeiterklasse und die unterdrückten Schichten wie auch der Jugend erkämpft werden.

## **ONE SOLUTION - REVOLUTION**

---

# **Heraus zum revolutionären ersten Mai 2011!**

*Auch dieses Jahr finden wieder in zahlreichen Städten 1.Mai-Demonstrationen der Gewerkschaften und revolutionäre 1.Mai-Demos von Bündnissen statt. Wir rufen dazu auf, sich an diesen Demonstrationen zu beteiligen!*

*Wir vertreten die Ansicht, dass es wichtig ist, auf den Gewerkschaftsdemos sichtbar aufzutreten - als antikapitalistischer, klassenkämpferischer Block.*

## **Warum?**



Weil wir den Bürokrat\_innen des DGB nicht das Feld überlassen wollen! Obwohl die 1.Mai-Demos mittlerweile zu Feiertagsspaziergängen mit anschließendem Wurst grillen verkommen sind, mobilisieren die Gewerkschaften immer noch Tausende von Arbeiter\_innen, die nichts mit den Führungen gemeinsam haben - auch sie wollen gegen das Kapital kämpfen, auf die eine oder andere Weise, in mehr oder weniger zugespitzten Konflikten.

Ein Fernbleiben und reines Denunzieren der Gewerkschaftsdemos würde bedeuten, diese Arbeiter\_innen dem alleinigen Einfluss der offiziellen Gewerkschaftspolitik zu überlassen. Darüber hinaus mobilisieren wir auch für die revolutionären Demos, die im Anschluss oder später am 1.Mai stattfinden, um auch eine deutlich kämpferische Perspektive auf die Strasse zu tragen.

Leider gibt es auch dieses Jahr wieder eine Reihe von Naziaufmärschen am 1.Mai, so z.B. in Bremen und in Heilbronn (bei Stuttgart). Wo die Nazis marschieren und diesen Tag in ihren braunen Dreck ziehen wollen, treten wir natürlich dafür ein, sich ihnen in den Weg zu stellen!

Im folgenden unser gemeinsamer Aufruf mit der Gruppe Arbeitermacht:

## **Krise | Widerstand | Revolution**

### **Stoppt Sozialabbau, Sparpakete und Entlassungen!**

Das Jahr 2010 war durch eine Welle der massivsten sozialen Angriffe der letzten 20 Jahre gekennzeichnet. Sparpakete wurden in fast allen europäischen Ländern geschnürt. Es gab hunderttausende von Entlassungen in ganz Europa, Löhne wurden gekürzt und Sozialausgaben gestrichen. Das Kapital machte eindeutig klar, dass die einfache Bevölkerung, Jugendliche, Arbeitslose, RentnerInnen und ArbeiterInnen für die Krise des Kapitalismus zahlen sollen!

Nachdem Milliarden zur Rettung der Banken und Großunternehmer

bereitgestellt wurden sind nun die meisten Staaten hochverschuldet. Weitere soziale Angriffe werden die unvermeidbare Folge sein. Aber vor allem ist die Grundlage der letzten Wirtschaftskrise weiterhin aktuell: Spekulationsblasen, jetzt auf Staatsschulden, der Fall der Profitraten und die zunehmende Konkurrenz der kapitalistischen Staaten - all das verschärft diese Systemkrise!

Hierzulande sieht die Antwort von SPD, Linkspartei und den Gewerkschaftsführungen vor allem danach aus, jeden sozialen und politischen Widerstand aus zu bremsen. Die sozialdemokratische Führung der arbeitenden Bevölkerung setzt alles daran, eine außerparlamentarische Bewegung zu verhindern. Jedoch gab und gibt es in Griechenland, Frankreich und anderen Staaten Generalstreiks gegen die Sparpakete. Aber es gab keine Vernetzung, keine Koordinierung des Widerstands. Die Konsequenz war eine gespaltene Bewegung, die von den Herrschenden leicht geschlagen werden konnte.

## **Die Revolution erhebt ihr Haupt!**

Doch nicht nur in Europa hat die Krise eine neue Welle des Widerstandes entfacht. Seit Ende 2010 sehen wir mutig geführte Revolutionen im arabischen Raum gegen die dortigen Diktaturen.

Ben Ali, Mubarak, bald Gaddafi - die Marionetten des internationalen Kapitals sind gestürzt worden. Diese Region kann schnell ein wichtiges Zentrum des internationalen Widerstands gegen Staat und Kapital werden! Die afrikanischen und arabischen Völker wollen ihre Fesseln der jahrzehntelangen Diktatur ablegen. Die jetzigen Bewegungen dort, ihre demokratischen und sozialen Kämpfe, sind der Versuch ein Ende zu machen mit der andauernden Ausbeutung durch den amerikanischen und europäischen Imperialismus. Denn die USA und die imperialistischen Staaten der EU setzen ihre Profitinteressen seit jeher rücksichtslos durch - bis hin zu Krieg und Besatzung . Daher gilt unsere volle Solidarität den Kämpfen im arabischen Raum gegen die Diktaturen und den Imperialismus. Zugleich müssen wir unsere Perspektive mit den aktuellen Klassenkämpfen hier verbinden - ganz wie Karl Liebknecht meinte: „Der Hauptfeind steht im

eigenen Land“. Es sind die Großkonzerne, Banken und Regierungen hier, die die Diktaturen weltweit unterstützen. Die Bedingung dafür ist klar und einfach: Unterwerfung unter die Profitinteressen des Imperialismus. So macht auch das deutsche Kapital gute Geschäfte mit den Regimes im Nahen- und Mittleren Osten.

### **Die Jugend kämpft um ihre Zukunft!**

Im arabischen Raum steht die Jugend an vorderster Linie der Proteste. Ihre Zukunft ist ungewiss, Arbeitslosigkeit, wenig Bildungschancen und ein korruptes kapitalistisches System stehen ihnen im Weg. Diese Ausgangslage eint die arabische mit der europäischen Jugend. In Griechenland, Frankreich, Großbritannien und Spanien ist es die Jugend die gegen die Sparpakete auf die Straße geht, die gemeinsam mit den Beschäftigten den Regierungen den Kampf angesagt hat. Die weltweite Wirtschaftskrise hat für alle Teile der Bevölkerung, egal ob jung oder alt, die Frage aufgeworfen, welche Zukunft wir haben wollen. Die Jugend gibt derzeit eine kämpferische Antwort, ob mit der Gründung von Selbstverteidigungsmilizen in Tunesien und Ägypten, oder durch die Besetzung der konservativen Parteizentrale in London - diese Jugend will ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Gemeinsam mit der aktiven Jugend wollen wir von REVOLUTION und der Gruppe Arbeitermacht, einen internationalen Widerstand aufbauen, gegen die Krisenlösung des Kapitals, für eine sozialistische Zukunft!

### **Gegen rassistische Hetze - für Internationalismus und Solidarität!**

Auch hier haben die rassistischen Thesen Sarrazins und die anschließende „Terroristenpanik“ deutlich gezeigt, wohin „unsere Demokratie“ steuert. Offene Hetze gegen ethnische, religiöse und soziale Minderheiten waren stets Teil der „Krisenlösung“ des Kapitals. Staats- und Medienapparat geben sich größte Mühe, die Mehrheit im Lande zu spalten. Vor allem in Deutschland bieten sich besonders die bürgerlichen Parteien der „Mitte“ an, den Job zu erledigen, den in anderen Ländern rechtsextreme und populistische Parteien übernehmen. Genutzt wurden diese Debatten, um von den wirklichen Verbrechern dieser Gesellschaft abzulenken. So wurden den Arbeitslosen zunächst viele Euro durch die Streichung des Elterngeldes und

des Heizkostenzuschuss gestrichen. Die von der SPD mitgetragene „Erhöhung“ von 5€ 2011 und noch mal 3 € 2012, scheint dagegen nahezu als Hohn gegenüber allen Betroffenen. Gleichzeitig konnten viele Stammbelegschaften der Industrie durch Kurzarbeit und andere staatliche Subventionen ihre Job´s zunächst behalten. Doch auch dort beginnt jetzt der Übernahmekampf. Nach der Krise stehen viele Unternehmen schwächer und einige wenige, stärker da. Das wird sich auch in Entlassungen äußern! Während sich also die Finanzmärkte und das Kapital über hunderte von Milliarden freuen dürfen, wie zum Beispiel die Eurorettungsgelder von 750 Milliarden €, wird bei den Ärmsten eingespart und die rassistische Hetze forciert. Dagegen müssen wir gemeinsam Stellung beziehen! Die nächsten Jahre werden weitere Krisen, Aufschwung für wenige und Abschwung für die Mehrheit bringen. Verschiedene Staaten werden zu Spekulationsobjekten werden und andere werden weitere Sparangriffe vorbereiten. Dagegen brauchen wir einen international koordinierten Abwehrkampf, der nicht Stoppt an Staatsgrenzen macht. Einen gemeinsamen Kampf, in dem es egal ist, welche Hautfarbe man hat, welche Sprache man spricht oder welchem Geschlecht man angehört. Gemeinsam mit den Beschäftigten müssen wir die Rechte der Arbeitslosen verteidigen, müssen Mindestlöhne erkämpfen und mit der Jugend und der ArbeiterInnenbewegung Rassismus und Faschismus entgegen treten. Die Revolutionen im arabischen Raum können ein Zeichen für die nächsten Jahre sein. Lasst uns daher gemeinsam streiten und kämpfen, in den Stadtvierteln, Betrieben, Schulen & Unis – für eine starke Bewegung gegen Sparangriffe und Krisenpolitik!

## **Zusammen kämpfen!**

Wenn wir am 1. Mai zusammen auf die Straße gehen, so eint uns der Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals, gegen soziale und rassistische Hetze und gegen Faschisten. Doch diese Gefahren können wir nur bannen, wenn wir trotz unserer Differenzen gemeinsam auf die Straße gehen! Besonders die Jugend beteiligt sich in verschiedenen Städten an den revolutionären 1.Mai Demos. Sie will eine kämpferische Perspektive, viele wollen den Kapitalismus überwinden - und für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen! Dafür brauchen wir auch vor und nach dem 1.Mai,

eine Einheit der unterschiedlichen Akteure. Wir brauchen eine starke soziale Anti-Krisen-Bewegung, die bundesweit aufgebaut ist und lokal und regional in die Klassenkämpfe intervenieren kann. Das gleiche gilt für ganz Europa, damit die Kämpfe gegen die Sparangriffe nicht an den Landesgrenzen aufhören! Auch

die Gewerkschaften und Belegschaften, müssen offensiv in Aktion treten. Dafür ist es wichtig, gegenüber den Gewerkschaftsführungen Forderungen und Vorschläge für die gemeinsame Aktion zu entwickeln. Dabei ist es entscheidend die Vorherrschaft der reformistischen, bürgerlichen Ideologie in der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend anzugreifen, einen offensiven Kampf gegen „Sozialpartnerschaft“ und „Standortlogik“ zu führen.

Es helfen uns keine Bündnisse die Unterschiede verwischen und nach den gemeinsamen Aktionen wieder eine „Nachtrabpolitik“ gegenüber den reformistischen Führungen betreiben - wir müssen mit der reformistischen Führung und Praxis in Deutschland und weltweit, brechen! Wir wollen die möglichst viele in die gemeinsame Aktion einbinden und gleichzeitig die politische Auseinandersetzung über die Ziele und Perspektiven dieser Aktion suchen. Nur dann können wir eine revolutionäre Perspektive schaffen, können große Teile der Bevölkerung in den Kampf gegen den Kapitalismus mit einbeziehen. Dafür brauchen wir mehr als einzelne Bündnisse oder Demonstrationen, dafür müssen wir für den Aufbau einer revolutionären Partei in Deutschland kämpfen!

## **Für einen revolutionären kämpferischen 1.Mai!**

- Solidarität mit den Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten!  
Gegen jede imperialistische Intervention!
- Gegen alle Entlassungen! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Weg mit den Hartz-Gesetzen! Mindestlohn von 11 Euro/Std. netto und steuerfrei, Arbeitslosengeld/Mindesteinkommen für RentnerInnen, Studierende, SchülerInnen ab 16 von 1.600 Euro monatlich!
- Die Kapitalisten müssen zahlen! Entschädigungslose Eineignung der großen Konzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle!

- Sofortiger Abzug der Bundeswehr und aller NATO- und EU-Truppen aus Afghanistan und allen anderen fremden Gebieten!
  - Nein zu rassistischer Hetze gegen Muslime und andere MigrantInnen! Offene Grenzen und volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!
  - Solidarität mit dem Widerstand gegen imperialistischen Krieg und Besetzung! Gemeinsamer, europaweiter und internationaler Kampf gegen Abwälzung der Krisenkosten auf die Lohnabhängigen!
- 

## Who is Who?

### Karl Marx (1818 -1883) und Friedrich Engels (1820 - 1895)



Diese beiden Theoretiker und Politiker waren mitentscheidend für die Entwicklung des Sozialismus und der internationalen ArbeiterInnenbewegung. In den berühmt-berüchtigten Marx-Engels Werken legen sie eine umfassende und wegweisende Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus, vor. Eines ihrer Bekanntesten Werke ist das 1848 erschienene *Kommunistische Manifest* (Manifest der Kommunistischen Partei), welches bis heute durch seine Aktualität und Gültigkeit besticht. Als Akteure waren Marx und Engels im *Bund der Kommunisten* aktiv und an der Gründung der 1. Internationale 1864 beteiligt.



In ihrer Analyse sind sie die Wegbereiter des *historischen Materialismus*, der Analyse der Menschheitsgesellschaft als Klassengesellschaft. In ihrem politischen Wirken haben Marx und Engels für die politische Organisierung des Proletariats gekämpft, für die Gründung von Arbeiterparteien. Die größten politischen Widersacher zu ihrer Zeit waren die *Anarchisten* um Bakunin, die die politische Organisierung des Proletariats bis heute ablehnen.

Ihr Lebenswerk hat als *Marxismus* die internationale

ArbeiterInnenbewegung geprägt, als Theorie und Analyse des Kampfes gegen den Kapitalismus, für den gemeinsamen internationalen Kampf des Proletariats. Der *Internationalismus* ist ohne Marx und Engels nicht vorstellbar, zusammen gefasst in dem berühmten Zitat des kommunistischen Manifest: „*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“

### **Wladimir Iljitsch Uljanow - genannt Lenin (1870 - 1924)**



Wladimir Lenin war neben Marx & Engels, eine der bekanntesten Personen der internationalen kommunistischen Bewegung. Als einer der bestimmenden Politiker während der Oktoberrevolution (1917) ist sein Name untrennbar mit der Gründung der Sowjetunion verbunden. Lenin war aktiv im Aufbau der SDAPR (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands) beteiligt, genau wie am Aufbau der *Bolschewiki* („Mehrheitler“) in der russischen ArbeiterInnenbewegung. Zu seinen theoretischen Hauptwerken gehört „*Was tun*“ aus dem Jahre 1902, indem Lenin die sozialistische Partei als „*Organisation der Berufsrevolutionäre*“ bestimmt – eine Partei die darauf ausgerichtet ist, den politischen und sozialen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoise zu führen und zu gewinnen.

Nach dem Kriegseintritt der Parteien der 2. Internationale 1914 war Lenin entscheidend für den Kampf um das revolutionäre, antiimperialistische Programm (mit dem Werk „*Staat und Revolution*“ 1917) der ArbeiterInnenbewegung – die Gründung kommunistischer Parteien und der kommunistischen Internationale ist untrennbar verbunden mit den Bolschewiki und dem Wirken Lenins.

### **Rosa Luxemburg (1871 - 1919) und Karl Liebknecht (1871 - 1919)**



Luxemburg und Liebknecht waren die entschiedensten Vorkämpfer für den revolutionären Sozialismus in Deutschland und in der 2. Internationale. Beide kämpften gegen die Politik der deutschen SPD und der meisten Parteien der 2. Internationale, die den 1. Weltkrieg unterstützten. Innerhalb der SPD gehörten beide auch vor dem 1. Weltkrieg dem linken Flügel an, Rosa Luxemburg war dabei die Vorkämpferin gegen den beginnenden

Reformismus von Fraktion und Parteispitze. Ihr Werk „*Soziale Reform oder Revolution*“ (1899) war damals die Streitschrift gegen den rechten Flügel um Eduard Bernstein.



Nach dem 1. Weltkrieg gründeten Luxemburg und Liebknecht den „*Spartakusbund*“, den Vorläufer der am 1. Januar gegründeten KPD. Am 15. Januar wurden beide Revolutionäre von faschistischen Freikorps getötet. Zuvor hatten die SPD und die deutsche Bourgeoisie offen zu ihrem Mord aufgerufen.

### **Lew Dawidowitsch Bronstein - genannt Leo Trotzki (1879 - 1940)**

Zusammen mit Lenin gehörte Trotzki zu den schillernden und prägenden Personen der Oktoberrevolution in Russland. Obwohl er lange Zeit nicht bei den Bolschewiki aktiv war, sondern linken Gruppen der Menschewiki nahe stand (Minderheit der SDAPR), schloss er sich 1917 wieder den Bolschewiki an, da diese als einzige Partei den sofortigen Sturz des Kapitalismus forderten. Wie in der Revolution von 1905 war Trotzki auch 1917 wieder Vorsitzender des Petrograder Sowjet (Arbeiterrat) und bestimmte zusammen mit Lenin die Taktik der Bolschewiki in dieser Zeit. Trotzki übernahm entscheidende Positionen in der sowjetischen Räteregierung. Zuerst war er Kommissar für äußere Angelegenheiten und führte die Friedensverhandlungen mit Deutschland in Brest Litovsk, später war er der Organisator und Befehlshaber der Roten Armee im russischen Bürgerkrieg.

In der Sowjetunion kämpfte er ab Mitte der 20er-Jahre mit der „Linken Opposition“ gegen die sich entwickelnde Bürokratie, später im Exil (ab 1929) gegen die stalinistische Degeneration der kommunistischen Parteien. Wichtige Werke wie „*Die verratene Revolution*“ (1936) und „*Die permanente Revolution*“ (1929) zeigten die Degeneration der UdSSR auf und verteidigten und entwickelten die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus nach der Oktoberrevolution. Trotzki begründete 1938 die 4. Internationale, für welche das „*Übergangsprogramm*“ und das „*Manifest der 4. Internationale*“ die Grundlagen bildeten.

---

# **Gegen Reformismus und Pazifismus! - Für revolutionären Internationalismus!**

## **REVOLUTION und Antiimperialismus**

März 2009

Für uns, als kommunistische Jugendorganisation ist der Antiimperialismus ein wesentliches Merkmal jeder „linken“ Gruppe oder Partei. Im folgenden wollen wir erklären was für uns die „Antiimperialistische Einheitsfront“ bedeutet und wie sich für uns revolutionärer Widerstand gegen den globalen Krieg definiert.

Als Imperialismus bezeichnen wir die aktuelle Epoche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Epoche zeichnet sich durch eine verschärfte Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Staaten und Blöcke aus - Konkurrenz um den Zugang zu Rohstoffen, zu Märkten und zu billigen Arbeitskräften. In der imperialistischen Epoche treten globale Großkonzerne der stärksten kapitalistischen Staaten weltweit zueinander in Konkurrenz, ebenso tun dies auch die bürgerlichen Staaten - in Konkurrenz um die politische Herrschaft über Märkte, Halbkolonien und Kontinente. Der Imperialismus ist gekennzeichnet vom ökonomischen Niedergang der kapitalistischen Produktionsweise, welche die imperialistischen Staaten in immer schärfere Konflikte und Krisen treibt - diese führten bislang zu zwei Weltkriegen während der imperialistischen Epoche.

# **Internationalismus vs. Imperialismus**

Was meinen wir, wenn wir von Internationalismus schreiben und sprechen? Der Internationalismus ist die fortschrittliche revolutionäre Antwort aller ausgebeuteten Klassen weltweit auf das imperialistische System von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung. Als InternationalistInnen vollzieht sich für uns keine Grenze zwischen uns und den Jugendlichen in Polen, der Türkei, Palästinas oder sonstwo - als InternationalistInnen stehen wir gemeinsam gegen Krieg, Hunger und Unterdrückung mit allen unterdrückten und ausgebeuteten Völkern weltweit. Lange Zeit prägte dieses Ideal die internationale Arbeiterbewegung, bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs. Damals stellte sich die deutsche SPD offen auf die Seite des deutschen Kapitals und Kaisers und der revolutionäre Internationalismus erlitt eine schwere Niederlage.

Vom dem deutschen Internationalist und Revolutionär Karl Liebknecht ist der Ausspruch „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ bis heute prägend für das Verständnis des revolutionären Internationalismus. Für Liebknecht stand außer Frage das die Arbeiterklasse und die Jugend im Falle des Krieges entschlossen gegen die eigene Bourgeoisie vorgehen muss - wie tut sie das? Von zahlreichen Antikriegsdemos ist vielleicht auch der Slogan „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin“ bekannt, in der Tat ist ein Krieg ohne Soldaten und ohne ArbeiterInnen in der Industrie oder öffentlichen Dienst schwer vorstellbar. Wenn wir heute den Kampf gegen Krieg und Imperialismus führen wollen, dann müssen wir den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufnehmen, müssen dem Krieg die ökonomische und politische Grundlage entziehen.

Leider ist der Internationalismus heute nicht prägend für die sog. „Anti-Kriegsbewegung“ - anstelle eines kämpferischen antikapitalistischen Programms, verliert sich ein Großteil der „Friedensbewegung“ in abstrakten Friedenswünschen, in die Hoffnung einer „friedlichen Konfliktlösung“ usw. Besonders dieser reformistische Teil der Anti Kriegs AktivistInnen, welcher sich aus Linkspartei, Gewerkschaften, DKP, SDAJ u.a. speist, ist ein objektives Hindernis für eine internationalistische Bewegung, die sich offen

gegen Krieg und Kapital stellt und den gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten weltweit zum Programm hat. Als InternationalistInnen müssen wir aktiv für die Niederlage des imperialistischen Kriegs eintreten, müssen solidarisch mit den angegriffenen Völkern sein und ihren Widerstand gegen die imperialistischen Besatzer unterstützen.

Von rassistischen sog. „Anti-deutschen“ Gruppierungen wie dem BAK Shalom in der Linksjugend solid werden AntiimperialistInnen oft mit Antisemiten gleichgesetzt - jegliche Solidarität z.B. mit dem palästinensischem, irakischen oder afghanischen Volk wird mit Antisemitismus gleichgesetzt. In einem anderen Artikel werden wir uns diesen offen rassistischen kleinbürgerlichen Gruppierungen näher widmen - hier ist es wichtig den Charakter der „Antiimperialistischen Einheitsfront“ für revolutionäre InternationalistInnen zu klären. Wir sind solidarisch mit jedem Widerstand gegen den Imperialismus - dieser stellt heute das reaktionärste Hindernis der Menschheit dar, jeder Widerstand gegen Krieg und Besatzung muss von uns aktiv unterstützt und begleitet werden. Allerdings teilen wir deshalb nicht jede Meinung von anderen Teilen des Widerstands, wir teilen nicht das politische Programm der Hamas, der Hizbollah oder der Taliban. So wie wir hier auf einer Antinazidemo bspw. gemeinsam mit Gewerkschaften und Linkspartei, SPD und Grünen gegen die Faschisten auf die Straße gehen, so sagen wir auch klar das deren Konzept des Antifaschismus ungenügend ist und wir sie als Reformisten bezeichnen. Ebenso müssen es revolutionäre InternationalistInnen in der Antiimp. Einheitsfront machen, geschlossen nach außen gegen den imperialistischer Besatzer und Angreifer und nach innen vollster politischer Kampf gegen bürgerliche, nationale und reaktionäre Organisationen und deren Programm.

Konkret am Beispiel des Gaza Kriegs : Natürlich haben wir das Recht der Palästinenser auf Selbstverteidigung gegen die Militärschläge Israels verteidigt, haben dazu aufgerufen die Bevölkerung zu unterstützen - aber genauso klar haben wir die Hamas politisch kritisiert, haben festgestellt, das das nationalistische religiöse Programm kein Schritt zur Befreiung des palästinensischen Volkes darstellt. Ebenso war uns klar das die Hamas jede Möglichkeit nutzen wird, sich wieder als international anerkannter (d.h. vom

Imperialismus anerkannter) Verhandlungspartner anzubieten, so wie derzeit auch geschieht bei den Verhandlungen in Ägypten zwischen Hamas und der Fatah unter „Autonomiepräsident“ Abbas.

Diese Kräfte bezeichnen sich so lange als „antiimperialistisch“ bis sie vom Imperialismus als politische Führung anerkannt werden, dann vollstrecken sie ebenso die Herrschaft des globalen Imperialismus, deswegen sind es bürgerlich-nationalistische Kräfte und deswegen müssen wir sie politisch bekämpfen, müssen versuchen eine internationalistische sozialistische Opposition in der moslemischen Welt aufzubauen. Internationalismus bedeutet nicht „pace“, sondern der gemeinsame entschlossene Kampf aller unterdrückten Klassen weltweit gegen den Imperialismus, Internationalismus bedeutet „Krieg dem Krieg“.

- Kommt mit uns nach Straßbourg und Baden-Baden zu den antiimperialistischen Protesten gegen die NATO
- beteiligt euch am REVOLUTION Block bei der Großdemo am 4.4 in Straßbourg!
- Gegen NATO und gegen Krieg! - Für revolutionären Internationalismus!
- Für eine kämpferische antimperialistische Anti Kriegsbewegung!
- Solidarität mit allen besetzten Völkern und ihrem Widerstand!
- Gegen die Spaltung des internationalen Widerstands und „linke“ Rassisten bei den Protesten!

One Solution – REVOLUTION!